



I. Allgemeine Informationen:

Gesetzespaket zur wirtschaftspolitischen Koordinierung

Die Kommission (KOM) hat sechs zusammenhängende Legislativvorschläge veröffentlicht, welche auf die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) abzielen und Krisen in Zukunft vermeiden sollen. Diese Vorschläge können in drei Gruppen unterteilt werden:

Ursprünglich gab es zwei Texte, welche den präventiven und den korrektiven Teil des SWPs darstellten. Diesen wurde ein dritter Vorschlag zu Sanktionsentscheidungen bei Defizitverfahren hinzugefügt. Ziel ist, endlich den SWP zu stärken - nicht nur mit Blick auf das Haushaltsdefizit, sondern auch auf die Verschuldung - und Verstöße frühzeitig und massiv zu ahnden.

Die zweite Gruppe von Texten führt ein System ein, um künftige makroökonomische Ungleichgewichte in den Mitgliedstaaten zu verhindern. Dazu sollen Probleme so früh identifiziert und korrigiert werden, dass eine nega-

tive Beeinflussung auf die Finanzwirtschaft ausbleibt. Unausgeglichene Handelsbilanzen spielen dabei eine große Rolle. Die KOM wird die Ungleichgewichte anhand eines "Scoreboards" (Anzeigesystem) identifizieren und ggf. eine tiefgründige Überprüfung der Wirtschaftlichkeit eines Mitgliedstaates durchführen. Gegebenenfalls kann anschließend ein "Verfahren gegen makroökonomische Ungleichgewichte", welches dem Defizitverfahren des SWP gleicht, aktiviert werden. Im Falle einer Nichteinhaltung würden Sanktionen fällig.

In die dritte Kategorie fällt ein Bericht, der vorschlägt, eine Reihe von Aspekten innerhalb des haushaltspolitischen Rahmens der Mitgliedstaaten zu harmonisieren, um die Effektivität der Defizitverfahren und eine Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten.

Diese sechs Berichte, auch "Sixpack" genannt, werden in der letzten Septemberwoche abgestimmt.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. EU-Rohstoffstrategie

Vor dem Hintergrund dramatischer Preisentwicklungen und Exportbeschränkungen für Rohstoffe hat das EP in einer Entschließung eine von der EU-Kommission vorgeschlagene Strategie zur Rohstoffsicherung und Ressourceneffizienz im Grundsatz unterstützt, aber andere Schwerpunkte gesetzt. Die Entschließung enthält eine Vier-Säulen-Strategie: Die Überwachung und politische Lage auf den Rohstoffmärkten; eine Innovationspolitik für die Industrie zur Förderung von Recycling und Rohstoffeffizienz insbesondere wenn es um Seltene Erden geht; die Förderung des Roh-

stoffabbaus in der EU; die Zusammenarbeit mit den USA und Japan beim Umgang mit kritischen Rohstoffen sowie ein abgestimmtes Vorgehen gegenüber China und anderen Schwellenländern.

Das EP verlangte zudem, der Rohstoffimport aus Krisenregionen müsse unterbunden werden, da damit oft Bürgerkriege mitfinanziert würden. Die Resolution ist auf „strategische und kritische“ Rohstoffe beschränkt.

2. Notfallpläne für Offshore-Bohrungen

In einer Resolution hat das EP gefordert, dass das Bohren nach Öl- und Gasvorkommen im

Meeresboden in der EU nur erlaubt werden soll, wenn die Unternehmen einen angemessenen Notfallplan vorlegen können und über ausreichende Mittel zur Behebung möglicher Umweltschäden verfügen. Zudem sollen standortspezifische Pläne für alle Bohrungen zuvor von den zuständigen Mitgliedstaaten genehmigt werden müssen.

Die EntschlieÙung ist als Input für die EU-Kommission gedacht, die noch im September einen Gesetzesentwurf präsentieren will, mit dem die Bedingungen für die Offshore-Förderung von Öl und Gas geregelt werden soll. Die Kommission hat bereits angekündigt, dass sie Offshore-Aktivitäten in der EU nur noch unter strengen Sicherheitsvorgaben erlauben will. Außerdem plant sie die Einführung neuer Haftungsregeln, damit Betreiber im Katastrophenfall für die Beseitigung der Umweltschäden zahlen.

3. Stärkung von Frontex

Das EP stimmte einer Ausweitung des Mandats der 2004 gegründeten EU-Grenzagentur Frontex zu. Danach wird es künftig einen Beauftragten für die Sicherung der Grundrechte bei EU-Grenzkontrollen geben. Die Agentur wird zudem eigene Ausrüstung erwerben oder leasen können - zum Beispiel Autos oder Helikopter - und ist somit nicht mehr von Zuweisungen durch die Mitgliedstaaten abhängig. Auch soll sie besser mit Personal ausgestattet werden.

Frontex werde in naher Zukunft europäische Grenzschutzteams einsetzen. Zudem werde die Agentur ermächtigt, die Kooperationen mit Drittstaaten zu verstärken und diese technisch zu unterstützen.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Leitlinien für Exportkredite
- Bilanz über 10 Jahre Anti-Terrorismuspolitik
- Diskussion über die Krise in der Eurozone
- Resolutionen zur Korruptionsbekämpfung in der EU
- Resolution zur Lage in Syrien
- Resolution zur Hungersnot in Ostafrika
- Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck
- Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse
- Integrität und Transparenz des Energiemarkts
- Laufende Doha-Verhandlungen
- Bessere Rechtsetzung, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und intelligente Regulierung
- EU-Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:
<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:
Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu
Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:
GroÙe Str. 90
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10
E-Mail: info@europa-mayer.de

 **EVP-Fraktion**